

Geschäftsstelle des Rates für Integration
und Zuwanderung der Stadt Nürnberg

Frau
Gudrun Brendel-Fischer, MdL
Integrationsbeauftragte der bayerischen Staatsregierung



26.04.2022

Offener Brief / Stellungnahme zu Ihren Äußerungen vom 19.04.2022 und 22.04.2022

Sehr geehrte Frau Brendel-Fischer,

im Namen des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung wende ich mich an Sie wegen der unerträglichen Aussagen in Ihrer Pressemitteilung vom 19.04.2022. Darin enthalten ist der als wortwörtliche Äußerung (!) Ihrerseits gekennzeichnete Satz: „Ukrainischen Geflüchteten muss nicht erklärt werden, wie eine Waschmaschine funktioniert, oder dass auf dem Zimmerboden nicht gekocht werden darf.“

Damit unterstellen Sie pauschal allen Geflüchteten aus anderen Herkunftsländern, dass ihnen solches Basiswissen fehle und dass sie somit grundsätzlich weniger zivilisiert seien als Ukrainer. Dass ein solcher, von Alltagsrassismus und Stammtischpopulismus zeugender Satz bei läufig Eingang in eine offizielle Stellungnahme der Integrationsbeauftragten der bayerischen Staatsregierung finden konnte, zeigt leider, dass Ihnen jegliche interkulturelle Kompetenz und die notwendige Sensibilität für die erfolgreiche Ausübung dieses Amtes fehlt. Mit Ihrer Aussage stellen Sie zudem unter Beweis, dass Sie selbst sich noch nie näher mit den Inhalten von Erstintegrationskursen befasst haben (dort lernt man nämlich durchaus „zivilisatorisch anspruchsvollere“ Dinge als nur das Bedienen einer Waschmaschine oder, dass das Kochen auf dem Zimmerboden in Deutschland tabu ist, aber dies nur nebenbei).

Ihre Äußerung ist darüber hinaus ein weiterer Beleg für eine höchst bedenkliche Entwicklung des öffentlichen Diskurses seit Beginn des Krieges in der Ukraine, nämlich die (mehr oder weniger offen ausgesprochene) Unterscheidung zwischen „guten“ Geflüchteten mit christlich-europäischer Prägung und „weniger guten“ Geflüchteten mit anderen religiösen und kulturellen Hintergründen. Als Nürnberger Integrationsrat verwehren wir uns auf das Schärfste gegen

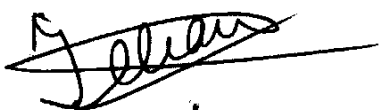
jegliche Ansätze einer solchen rassistischen Ungleichbehandlung: Es darf keine Geflüchteten „erster“ und „zweiter“ Klasse geben!

So begrüßenswert es ist, dass den Menschen aus der Ukraine nun schnell und mit wenigen bürokratischen Hürden geholfen wird, umso bedenklicher ist es, dass dieses Maß an Unterstützung geflüchteten Menschen aus anderen Ländern jahrelang vorenthalten wurde. Von einer gerechten, auf Gleichbehandlung ausgerichteten Geflüchteten- und Integrationspolitik kann in Deutschland und speziell in Bayern derzeit offenbar keine Rede sein.

Nachdem die öffentliche Kritik einsetzte, veröffentlichten Sie am 22.04.2022 eine „Klarstellung“. Darin heißt es, dass es nicht in Ihrer Absicht lag, „andere Geflüchtete zu diskreditieren“ und dass man das von Ihnen „Geschriebene und nicht das von anderen Assoziierte“ bewerten solle. Nach der Lektüre des Geschriebenen bleibt festzuhalten: Ein dringend erwartetes Wort der Entschuldigung gegenüber den Menschen, die Sie in Ihrer ersten Äußerung pauschal als unzivilisiert herabgewürdigt haben, sucht man darin vergebens. Auch insgesamt kann Ihre ursprüngliche Aussage vom 19.04.2022 bei aller Objektivität nicht anders als unsensibel, diskriminierend und vulgärrassistisch gewertet werden.

Dass Ihnen (und noch viel bedenklicher: Ihrem Mitarbeiterstab) dies vor Veröffentlichung der Presseerklärung vom 19.04.2022 nicht aufgefallen ist bzw. nicht bewusst war, sagt leider viel über Ihre grundsätzliche Einstellung und über Ihr fehlendes Problembewusstsein aus. Angesichts dessen gibt es uns unserer Sicht nur eine folgerichtige Konsequenz: Treten Sie vom Amt der Integrationsbeauftragten der bayerischen Staatsregierung zurück und machen Sie damit den Weg frei für einen unbelasteten und glaubwürdigen Neuanfang!

Mit freundlichen Grüßen



Ilhan Postaloğlu
Integrationsratsvorsitzender

